



Ausgabe Nr. 64 · Januar 2008

Jugendrat im Aufwind

Zwischen 14 und 19 Jahre alt sind sie und wollen sich in die Politik ihrer Stadt einmischen. Diese Möglichkeit haben Jugendliche im Jugendrat, eine Jugendvertretung im Stadtbezirk. Überaus erfreulich in diesem Zusammenhang ist, dass erstmals in 20 von 23 Stadtbezirken Jugendratswahlen – zwischen dem 14. Januar und dem 1. Februar – stattfinden. Bereits in der Vergangenheit gingen von den Jugendräten entscheidende Initiativen für die Stadtpolitik aus – etwa Umgestaltungen von Bolzplätzen, Verbesserungen beim Scool Abo oder Veranstaltungen wie etwa zum Thema Stuttgart gegen Rassismus. Bei der Jugendratswahl spielt die Nationalität keine Rolle. Gewählt wird man für zwei Jahre.



Stadträtin
Stefanie Schorn

Die CDU-Fraktion freut sich über das gestiegene Interesse von Jugendlichen, sich im Jugendrat engagieren zu wollen. „Wir haben diese politische Beteiligungsform von jungen Menschen in Stuttgart stets unterstützt“, er-

klärt die Ansprechpartnerin für Jugendräte in der CDU-Fraktion, Stefanie Schorn. Auch im eben verabschiedeten Doppelhaushalt hat sich die CDU hierfür eingesetzt. So wurde eine deutliche Erhöhung der Sitzungsgelder beschlossen, außerdem wurden zusätzliche Mittel in Höhe von 60.000 Euro für die Durchführung der Jugendratswahlen bereitgestellt, für ein Jugendhearing im Zweijahresrhythmus wurden 6.000 Euro eingestellt und das bewährte Jugendcafé in Weilimdorf erhält städtische Zuschüsse von jährlich 19.000 Euro. „Das ist gut investiertes Geld, denn Der Jugendrat als kommunalpolitische Institution belebt unser demokratisches Gefüge nachhaltig“, urteilt Stadträtin Stefanie Schorn, „deshalb wünsche ich mir, dass möglichst viele Jugendliche zur Wahl ihrer Jugendvertreter gehen.“

KURZ INFORMIERT

Neujahrsempfang im Zeichen des Klimaschutzes



Kreisvorsitzender Dr. Christoph-E. Palmer, Fraktionsvorsitzender Reinhold Uhl, Prof. Dr. Klaus Töpfer, Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster

Ein fulminanter Start ins Jahr 2008 ist der Stuttgarter CDU mit ihrem Neujahrsempfang gelungen. Rund 600 Gäste kamen, um Professor Dr. Klaus Töpfer, den ehemaligen Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen und früheren Bundesumweltminister, zu hören.

Der Umweltexperte Töpfer verdeutlichte, dass die entwickelten Länder zu viel Naturkapital für Wohlstand in Anspruch nehmen ohne ausreichend zu reinvestieren. Eine Tatsache, die Handeln gebiete. Diese notwendigen Kosten dafür irgendwann in der Zukunft erst tragen zu wollen, stelle gerade für die Kommunen keine echte Lösung dar. Schwierig sei es freilich, die Kosten zu verteilen und jeweils zu akzeptieren.

„Verteilungspolitik ist immer Konfliktpolitik“, so Klaus Töpfer, deshalb käme man nicht umhin, die Armut zu überwinden. Andernfalls hole sie uns ein - „eine Festung Deutschland oder eine Festung Europa kann nicht gebaut werden!“ Man müsse den armen Ländern zugestehen, sich auch entwickeln zu können. Dabei an sie zu appellieren, das Klima zu retten, indem sie nicht so viel Energie verbrauchten, sei in diesen Ländern in Anbe-



Bürgermeisterin Dr. Susanne Eisenmann mit der stv. Fraktionsvorsitzenden Iris Ripsam

tracht des hohen Pro-Kopf-Energieverbrauchs in den Industriestaaten nicht nachvollziehbar. Unseren Städten würde eine besondere Verantwortung zukommen, das Ziel einer 60-prozentigen Reduzierung des CO₂-Ausstoßes bis zum Jahr 2050 zur erreichen. „Wir stehen in der moralischen Verantwortung, die Schöpfung zu erhalten“, so der CDU-Politiker Töpfer.

Fortsetzung nächste Seite

Studenten informieren sich bei der Fraktion

Studenten der Politikwissenschaft der Universität Stuttgart besuchten die Fraktion, um praxisnah den Block „Bürger und lokale Politik“ zu behandeln. Rede und Antwort stand den interessierten Studenten Stadtrat Philipp Hill. Es ging um Fragen zur Aufgabenverteilung innerhalb der Fraktion, um den zeitlichen Aufwand der Stadträte für ihr Amt oder etwa um die Präsenz- und Repräsentationspflichten. Für die Studenten war es überaus aufschlussreich, kommunalpolitische Zusammenhänge von



einem „Praktiker“, sozusagen aus erster Hand und abseits von Studienfächern wie Politische Theorie, erklärt zu bekommen.

Neue Anträge der CDU

- **Gestaltung des Roter Platzes**
20.12.07 Nr. 843/2007
- **Bau einer Driving-Range**
13.12.07 Nr. 835/2007
- **Betreutes Wohnen zu Hause**
11.12.07 832/2007
- **Biotopkartierung**
10.12.07 Nr. 831/2007
- **Aktiver Umweltschutz in der Stadtverwaltung**
21.11.07 Nr. 803/2007
- **Tunnel Peregrinastr.: Schalltechnische Untersuchung**
19.11.07 Nr. 798/2007
- **Kelterplatz Wangen**
16.11.07 Nr. 796/2007
- **Kommunale Selbstverwaltung u. EU-Dienstleistungsrichtlinie**
09.11.07 Nr. 782/2007
- **Bebauung Rappenäcker**
09.11.07 Nr. 786/2007
- **Realisierungswettbewerb Areal Feuerb. Krankenhaus**
Mit SPD, Grüne u. Freie Wähler
08.11.07 Nr. 783/2007
- **Sillenbacher Bädle - Kiosk**
26.10.07 Nr. 767/2007

Fortsetzung von vorheriger Seite



Fractionsvorsitzender Reinhold Uhl im Gespräch mit Bezirksvorsteherin Tina Hülle

Die Umwelt- und die Friedenspolitik werden im 21. Jahrhundert die zentralen Themen bleiben, unterstrich Kreisvorsitzender Dr. Christoph-E. Palmer MdL. Fraktionsvorsitzender Reinhold Uhl zeigte auf, wie schwierig es mitunter ist, kostenintensive Umweltschutzmaßnahmen zu rechtefertigen. Dennoch gelte es, das Klimaschutzkonzept für

Stuttgart sukzessive umzusetzen. Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster hob auf das ökologische Projekt Stuttgart 21 ab. Hierdurch könnten im Land 18 Millionen PKW-Fahrten pro Jahr eingespart werden.

Lärmschutz für Zuffenhausen

In den nächsten Jahren wird der Stadtbezirk Zuffenhausen durch den Umbau der Straßenbahnlinie 15 zur Stadtbahn durch erheblichen Baustellenverkehr zusätzlich belastet. Des weiteren wird das LKW-Durchfahrtsverbot im Rahmen der Maßnahmen zur Feinstaubreduzierung durch die Umweltplaketten ersetzt. Diese im Grunde genommen positiven Maßnahmen haben für die Einwohner von Zuffenhausen die negative Nebenwirkung, dass sich die Lärmemissionen zweifels ohne stark erhöhen, zumindest vorübergehend.

Der 2003 verabschiedete Lärminderungsplan für Zuffenhausen schlägt im Rahmen eines umfassenden Maßnahmenkatalogs – mit Ausnahme für Anlieger – ein flächendeckendes LKW-Fahrverbot zur Lärmreduktion vor. Erste Maßnahmen des Lärminderungsplans Zuffenhausen sind bereits umgesetzt worden. Wegen des oben genannten Stadtbahnvorhabens und des Wegfalls des LKW-Durchfahrtsverbots sollte als Ausgleich das LKW-Fahrverbot nun vorgezogen und realisiert werden.

Die CDU hat deshalb beantragt, dass in Zuffenhausen ein flächendeckendes LKW-Fahrverbot eingeführt wird. Um unnötige Lärmbelastung zu vermeiden, hat die CDU die Stadtverwaltung aufgefordert, die entsprechende Anordnung zeitnah umzusetzen. Um auch die finanzielle Seite nicht außer Acht zu lassen, soll nach dem Willen der CDU-Fraktion, die Verwaltung dem Gemeinderat Bericht erstatten, wie die Maßnahme insgesamt finanziert werden kann. Sehr zufrieden ist man in der CDU, dass im Sinne der Zuffenhäuser dieser Gemeinderatsbeschluss noch kurz vor Weihnachten in der dritten Lesung der Haushaltsberatungen mit großer Mehrheit gefasst werden konnte. Denn zu viel Lärm beeinträchtigt die Lebensqualität – umgekehrt erhöhen Lärmschutzmaßnahmen dieselbe. Die CDU-Fraktion wird Zuffenhausen im Hinblick auf die Entwicklung bei der Lärminderung genau beobachten.